

Magdeburg, 24. März 2026

Nr. 033/2026



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Inneres und Sport

Polizeiliche Kriminalstatistik

Innenministerium zieht Bilanz für das Jahr 2025

Sachsen-Anhalts Innenministerin Dr. Tamara Zieschang und Landespolizeidirektor Mario Schwan haben am heutigen Dienstag gemeinsam die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2025 vorgestellt. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr in Sachsen-Anhalt **172.776** Straftaten registriert. Das sind 11.407 Fälle weniger als im Vorjahr. Bereits 2024 war die Zahl der von der Landespolizei erfassten Straftaten um fünf Prozent gesunken, 2025 ging sie um weitere 6,2 Prozent zurück.

Innenministerin Dr. Tamara Zieschang: „Das Jahr 2025 war erneut ein herausforderndes für unsere Landespolizei. Auch wenn die Zahl der Straftaten leicht zurückgegangen ist, bleibt, dass hinter jeder Fallzahl Menschen und Schicksale stehen. Unsere Polizei arbeitet tagtäglich entschlossen und wirksam für die Sicherheit in Sachsen-Anhalt. Dafür danke ich allen Kolleginnen und Kollegen in der Landespolizei sehr. Für ihre wichtige Arbeit muss sie auch weiterhin gut ausgestattet werden und personell weiter wachsen.“

Die Gesamtentwicklung der Straftaten im Jahr 2025 ist vor dem Hintergrund einer bundesweit geänderten Erfassung von unbekanntem Handlungsorten zu bewerten. Unbekannte Handlungsorte wurden bislang als Inlandstraftat bewertet und werden nunmehr in einer eigenständigen PKS-Auslandsstatistik erfasst. Dazu zählen Straftaten, deren Handlung im Ausland erfolgt, deren Taterfolg oder Rechtsgutverletzung jedoch Deutschland bzw. Sachsen-Anhalt betrifft (z. B. Callcenter-Betrugsmaschen). Auch in einer Gesamtbetrachtung von Inlands- und Auslandsstraftaten bleibt es bei einem leichten Rückgang der Straftaten von minus 0,6 Prozent.

Sachsen-Anhalt
#moderndenken

PRESEMITTEILUNG

Ministerium für Inneres und Sport
des Landes Sachsen-Anhalt

Verantwortlich:
Patricia Blei
Pressesprecherin

Halberstädter Str. 2 / am „Platz des 17. Juni“
39112 Magdeburg

Tel.: (0391) 567-5504/-5507/-5508/-5514/
-5516
Fax: (0391) 567-5520

E-Mail: pressestelle@mi.sachsen-anhalt.de
www.mi.sachsen-anhalt.de

Im Jahr 2025 ist eine höhere **Aufklärungsquote** im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Diese lag 2025 bei 57,4 Prozent und ist damit die höchste Aufklärungsquote seit 2012. Im Jahr 2024 lag die Aufklärungsquote bei 55,3 Prozent. Im Jahr 2025 konnten 99.167 Fälle von der Polizei aufgeklärt werden (2024: 101.923).

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 63.873 **Tatverdächtige** in der PKS erfasst. Im Vorjahr waren es 67.886. Das ist ein Rückgang um 5,9 Prozent. 78,9 Prozent der ermittelten Tatverdächtigen waren Erwachsene, 6,8 Prozent waren Heranwachsende, 8,9 Prozent waren Jugendliche und 5,3 Prozent waren Kinder.

Im Jahr 2025 wurden 16.764 **nichtdeutsche Tatverdächtige** registriert (2024: 20.115), darunter 10.774 Zuwanderer (2024: 13.809). Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen (einschließlich ausländerrechtlicher Verstöße) sank damit auf 26,2 Prozent. Im Vorjahr waren es noch 29,6 Prozent. Auch der Anteil tatverdächtiger Zuwanderer ging zurück und liegt nun bei 16,9 Prozent (2024: 20,3 Prozent). Bleiben die ausländerrechtlichen Verstöße unberücksichtigt, liegt der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen bei 22,7 Prozent (2024: 23,7 Prozent) und der von Zuwanderern bei 12,9 Prozent (2024: 13,7 Prozent). Zu den häufigsten Herkunftsländern der nichtdeutschen Tatverdächtigen zählten im Jahr 2025 Syrien (3.096), Rumänien (1.420), Ukraine (1.312), Polen (1.260) sowie Afghanistan (1.075). Bei den Vermögens- und Fälschungsdelikten verzeichnete die Landespolizei 2025 mit 33,5 Prozent den höchsten Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger (2025: 4.415, 2024: 4.851), gefolgt von Raubdelikten mit 32,6 Prozent (2025: 275, 2024: 335) sowie Diebstahlsdelikten mit 30,0 Prozent (2025: 3.448, 2024: 3.515).

Das Ministerium für Inneres und Sport hat die Polizeibehörden des Landes Sachsen-Anhalt verpflichtet, künftig in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit grundsätzlich die Staatsangehörigkeit des Tatverdächtigen zu benennen, sofern dadurch keine Ermittlungen gefährdet werden oder keine datenschutzrechtlichen Gründe entgegenstehen.

Innenministerin Dr. Tamara Zieschang: „Mit der Nennung der Staatsangehörigkeit wollen wir für Transparenz sorgen und Spekulationen zur Herkunft von Tatverdächtigen unterbinden. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, zu erfahren, welche Straftaten begangen werden und wer sie begeht.“

Zu einzelnen Straftatengruppen:

Im vergangenen Jahr wurden 33.438 **Straftaten gegen die persönliche Freiheit bzw. Rohheitsdelikte** registriert. Das sind 2,2 Prozent bzw. 735 Fälle mehr als im Vorjahr.

Mit 20.426 Fällen lag die Zahl der Körperverletzungsdelikte in etwa auf dem Niveau des Vorjahres (2024: 20.144). Die Zahl der Bedrohungsdelikte ist gestiegen (2025: 8.818, 2024: 8.199, plus 7,5 Prozent). Diese finden zunehmend im Internet statt (2025: 1.429, 2024: 1.135). Die Raubdelikte hingegen sind deutlich zurückgegangen. 2025 wurden 1.105 Fälle registriert und damit 203 weniger als im Vorjahr (minus 15,5 Prozent).

Die **Diebstahlsdelikte** bildeten auch 2025 mit 56.649 Fällen knapp ein Drittel aller registrierten Straftaten. Im Jahr 2025 sank die Zahl der registrierten Diebstahlsdelikte insgesamt um 1.763 Fälle bzw. drei Prozent gegenüber dem Vorjahr. Deutlich rückläufig waren insbesondere Fahrraddiebstähle (minus 10,2 Prozent), Diebstähle an oder aus Kraftfahrzeugen (minus 12,4 Prozent) sowie Diebstähle in und aus Boden- bzw. Kellerräumen (minus 16,1 Prozent). Die Zahl der Ladendiebstähle blieb dagegen nahezu konstant (2025: 11.214 Fälle, 2024: 11.137 Fälle).

Die registrierten **Vermögens- und Fälschungsdelikte** gingen 2025 erneut deutlich zurück – um 21,6 Prozent auf insgesamt 24.215 Fälle (2024: 30.897). Wesentlicher Grund ist die eingangs beschriebene veränderte PKS-Erfassung. Dadurch ist es zu einem starken Rückgang von Betrugsdelikten als Inlandsstraftaten (minus 29 Prozent) gekommen. Viele Taten verlagern sich inzwischen in den digitalen Raum und werden aus dem Ausland bzw. von einem unbekanntem Handlungsort begangen, weshalb sie in der PKS als Auslandstaten erfasst werden. Die Schadenshöhe bei Vermögens- und Fälschungsdelikten ist stark angestiegen und lag im Jahr 2025 bei 90.337.484 Euro (2024: 65.106.852 Euro). Dies deutet auf eine zunehmende Professionalisierung der Täter hin, welche vermehrt auch KI-Technologien für täuschend echte Betrugsmaschen nutzen.

Im Teilbereich **Enkeltrick/Schockanrufe** ist weiterhin ein deutlicher Rückgang der Fälle zu verzeichnen. Die Fallzahlen sanken von 463 (davon 405 Versuche) im Jahr 2024 auf 156 Fälle (davon 101 Versuche) im Jahr 2025. Trotz dieses Rückgangs stieg der verursachte Vermögensschaden auch hier erheblich – von 959.034 Euro auf 1.524.203 Euro.

Die Landespolizei misst der Bekämpfung und Prävention von Betrugsstraftaten eine herausragende Bedeutung bei und beteiligt sich mit gezielten Kampagnen und bundesweiten Aktionen, insbesondere zum Schutz älterer Menschen. Mit umfassenden Informationsangeboten – von Hinweisen zu Schockanrufen bis zu Tipps für sichere Online-Nutzung – sensibilisiert sie Bürgerinnen und Bürger.

Bei den **Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung** ist eine Zunahme der Fallzahlen um 14,1 Prozent zu verzeichnen (2025: 3.803 Fälle, 2024: 3.334 Fälle). Den größten Anteil machen Delikte im Zusammenhang mit der Verbreitung pornografischer Schriften aus, die um 32,8 Prozent auf 1.921 Fälle gestiegen sind (2024: 1.447). Allein davon wurden 1.792 Fälle über das Internet begangen. Um dem entgegenzuwirken, führte die Landespolizei 2025 eine

digitale Präventionswoche durch, die Kinder, Jugendliche, Eltern, Großeltern und Lehrkräfte für einen verantwortungsvollen Umgang mit Bild- und Videodateien sensibilisieren sollte. Die gestiegene Aufmerksamkeit trägt zu einer höheren Anzeigebereitschaft und damit zur Aufhellung des Dunkelfeldes bei.

Die Fallzahlen des sexuellen Missbrauchs von Kindern sind auf 441 Fälle zurückgegangen. Das entspricht einem Rückgang um 13,7 Prozent gegenüber 2024 (511 Fälle). Auch bei Vergewaltigungen ist ein leichter Rückgang festzustellen. 2025 wurden 352 Fälle registriert, was einem Minus von 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht (361 Fälle). Bei der sexuellen Belästigung wurden 607 Fälle registriert (2024: 576). Die Aufklärungsquote liegt in diesem Deliktsfeld bei 82,7 Prozent und damit über dem Vorjahreswert von 79,9 Prozent.

In der Deliktsgruppe **Strafrechtliche Nebengesetze** ist ein starker Rückgang der Fallzahlen von 14.813 Fällen im Jahr 2024 auf 10.993 Fälle im Jahr 2025 zu verzeichnen. Dies entspricht einem Minus von 25,8 Prozent. Strafrechtliche Nebengesetze sind neben dem Strafgesetzbuch geltende Spezialgesetze mit eigenen Straftatbeständen, etwa das Betäubungsmittelgesetz oder das Aufenthaltsgesetz. Ursächlich für den Rückgang der Fallzahlen in diesem Deliktsbereich ist unter anderem die deutliche Abnahme ausländerrechtlicher Verstöße um 41,2 Prozent (2025: 3.765 Fälle, 2024: 6.408 Fälle). Dies steht im Zusammenhang mit der deutlich rückläufigen irregulären Migration.

Auch die Fallzahlen der **Rauschgiftkriminalität** gingen weiter zurück. Dies ist unter anderem auf die Teillegalisierung von Cannabis zum 1. April 2024 zurückzuführen. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 4.544 Fälle registriert (2024: 5.887). Das entspricht einem Minus von 22,8 Prozent. Allgemeine Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz waren 2025 vorrangig Straftaten im Zusammenhang mit Methamphetamin (2025: 1.222 Fälle, 2024: 1.080 Fälle) und Amphetamin (2025: 839 Fälle, 2024: 788 Fälle). Auch der unerlaubte Handel bzw. Schmuggel von Betäubungsmitteln ging zurück – von 598 Fällen im Jahr 2024 auf 379 Fälle im Jahr 2025. Die sichergestellte Cannabis-Menge liegt mit 687,4 kg auf dem höchsten Stand seit 1992. Das entspricht einem Plus von 17 Prozent gegenüber 2024 und nahezu dem Dreifachen im Vergleich zu 2023 – also dem Jahr vor der Teillegalisierung von Cannabis. Auch bei Amphetaminen (2025: ca. 388 kg, 2024: ca. 100 kg) und Kokain (2025: ca. 19 kg, 2024: ca. 7,5 kg) sind deutliche Anstiege bei den Sicherstellungsmengen zu verzeichnen. Im Jahr 2025 ist die Zahl der Rauschgifttoden auf 61 Tote (2024: 48) gestiegen. Die Zahl der Drogentoten markiert einen traurigen Höchstwert.

Landespolizeidirektor Mario Schwan: „Die deutlich gestiegenen Sicherstellungsmengen bei Cannabis, Amphetamin und Kokain zeigen, wie konsequent und erfolgreich unsere Landespolizei gegen die Rauschgiftkriminalität vorgeht. Allein 2025 wurde Cannabis im Wert von rund 6,9 Millionen Euro, Kokain im Wert von 1,4 Millionen Euro sowie Amphetamine im

Wert von 3,5 Millionen Euro aus dem Verkehr gezogen. Die Rekordmengen bei Cannabis verdeutlichen, dass die Teillegalisierung den Schwarzmarkt nicht geschwächt, sondern ihm erheblichen Auftrieb gegeben hat.“

Im Bereich der **Häuslichen Gewalt** sind die Fallzahlen um 5,1 Prozent angestiegen (2025: 8.819, 2024: 8.391). Insgesamt wurden 9.185 Opfer registriert und damit 5,2 Prozent mehr als im Vorjahr (2024: 8.735). Während sich die Fallzahlen in der Partnerschaftsgewalt um 5,4 Prozent auf 6.024 Fälle (2024: 5.716) erhöhten, nahmen sie im Bereich der familiären Gewalt um 4,4 Prozent auf 2.895 Fälle (2024: 2.772) zu. Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Hinweise auf Hilfsangebote könnten das Anzeigeverhalten der Betroffenen positiv beeinflusst haben. Mit der im März vom Landtag beschlossenen Novelle des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt wird der Schutz von Opfern und potenziellen Opfern häuslicher Gewalt deutlich gestärkt.

Innenministerin Dr. Tamara Zieschang: „Der weitere Anstieg der Fälle von häuslicher Gewalt ist erschütternd. Opfer von Gewalt brauchen Schutz. Opfer von Gewalt müssen sich frei bewegen können. Deshalb war es so wichtig, dass wir für die Landespolizei die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen haben, zukünftig die Einhaltung von Wohnungsweisen und Kontaktverboten technisch zu überwachen, und dass auch das Opfer einen Warnhinweis erhält. Jetzt ist es zudem möglich, für potenzielle Opfer umfassende Daten- und Übermittlungssperren einzurichten und die Opfer, ihre Angehörigen oder sonst nahestehende Personen mit einer vorübergehenden Tarnidentität auszustatten.“

Im Deliktsbereich **Widerstandshandlungen gegen Polizeivollzugsbeamte** wurden 2025 steigende Fallzahlen registriert. Insgesamt wurden 1.050 Fälle erfasst (2024: 951), was einem Anstieg um 10,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Zugleich stieg die Zahl der betroffenen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten deutlich an. 2.220 von ihnen wurden im Jahr 2025 Opfer von Gewalt (2024: 1.957). Das sind 263 Betroffene bzw. 13,4 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Auch die Angriffe und Widerstandshandlungen gegen Kräfte des Rettungsdienstes nahmen um 11,5 Prozent auf 87 Fälle zu (2024: 78), während die Zahlen der Angriffe auf Feuerwehkräfte rückläufig waren (2025: 8, 2024: 16).

Innenministerin Dr. Tamara Zieschang: „Gewalt gegen unsere Einsatzkräfte ist vollkommen inakzeptabel und durch nichts zu rechtfertigen. Diese Frauen und Männer stehen jeden Tag für unsere Sicherheit ein. Sie verdienen unser aller Respekt und Rückhalt. Wer Polizistinnen und Polizisten angreift, muss mit harten Konsequenzen rechnen.“

Landespolizeidirektor Mario Schwan: „Wir stärken den Schutz der Kolleginnen und Kollegen gezielt durch moderne Ausrüstung und klare gesetzliche Grundlagen. Mit der Novellierung des

Sicherheit- und Ordnungsgesetzes haben wir die Voraussetzungen für den Einsatz moderner Einsatzmittel geschaffen. Die flächendeckende Einführung von Distanz-Elektroimpulsgeräten und Bodycams wird die Sicherheit unserer Kräfte weiter stärken und ihre Handlungsmöglichkeiten erweitern. Diesen Weg der konsequenten Modernisierung gehen wir entschlossen weiter.“

Zurückgegangen ist die Zahl der Taten, bei denen ein Angriff mit einem Messer unmittelbar gegen eine Person angedroht oder ausgeführt wurde. Insgesamt registrierte die Polizei im vergangenen Jahr 876 **Fälle im Phänomenbereich Messerangriff**. Im Jahr 2024 waren es noch 936 Fälle (minus 6,4 Prozent). In 505 Fällen wurden Messer bei Bedrohungen eingesetzt (2024: 481, plus 5 Prozent). Deutliche Rückgänge im Zusammenhang mit dem Einsatz eines Messers gab es insbesondere bei Raubdelikten (minus 30,8 Prozent) sowie bei Körperverletzungsdelikten (minus 15 Prozent). Damit liegen die Fallzahlen auf dem niedrigsten Niveau seit 2021. Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen in diesem Deliktsbereich stieg von 34,4 Prozent auf 39,9 Prozent. Die größte Gruppe der nichtdeutschen Tatverdächtigen mit einem Anteil von 29,6 Prozent ist syrischer Herkunft. Von den Opfern sind 28,2 Prozent nichtdeutscher Herkunft.

Die Fallzahlen im Bereich der **Jugendkriminalität** sind erneut gesunken – von 16.333 Fällen im Jahr 2024 auf 15.825 Fälle im Jahr 2025 (minus 508 Fälle bzw. 3,1 Prozent). In diesem Zusammenhang ist auch ein Rückgang der ermittelten Tatverdächtigen um 4,9 Prozent zu verzeichnen. Im Jahr 2025 wurden 10.270 Tatverdächtige ermittelt (2024: 10.796). Auch die Zahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen ist gesunken – von 3.366 im Jahr 2024 auf 2.899 im Jahr 2025. Das entspricht einem Rückgang von 13,9 Prozent. Bei den Heranwachsenden liegt der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger bei 33 Prozent, bei den Jugendlichen sind es 32,5 Prozent. Betrachtet man die Anteile, ohne ausländerrechtliche Verstöße zu berücksichtigen, sind 27,0 Prozent der heranwachsenden und 22,6 Prozent der jugendlichen Tatverdächtigen nichtdeutscher Herkunft.

In Bereich der **Jugendgewaltkriminalität** wurden 2025 wieder weniger Fälle registriert. Mit 1.327 Delikten und damit einem Rückgang von 4,5 Prozent gegenüber 2024 konnte die seit 2021 anhaltende steigende Entwicklung durchbrochen werden. Besonders deutlich zeigt sich der Rückgang bei den Raubdelikten. Die Fallzahlen sanken von 300 Fällen im Jahr 2024 auf 230 Fälle im Jahr 2025 (minus 23,3 Prozent). Raubdelikte machen damit 17,3 Prozent der Jugendgewaltkriminalität aus. Gefährliche bzw. schwere Körperverletzung stellen mit 75,2 Prozent weiterhin den größten Anteil aller Jugendgewaltdelikte dar und blieben in etwa auf dem Niveau des Vorjahres (2025: 998, 2024: 1.003). Die Fallzahlen der Vergewaltigungen hingegen sind um 27,5 Prozent angestiegen – von 69 Fällen im Jahr 2024 auf 88 Fälle im Jahr 2025.

Die Gesamtzahl der ermittelten Tatverdächtigen im Bereich der Jugendgewaltkriminalität war 2025 rückläufig. Bei Jugendlichen (14 bis unter 18 Jahre) ist ein Rückgang um 8,9 Prozent zu verzeichnen. Sie stellen mit 878 Tatverdächtigen weiterhin die größte Gruppe der Tatverdächtigen dar. Die Zahl der heranwachsenden Tatverdächtigen (18 bis unter 21 Jahre) stieg hingegen leicht auf 584 Personen (plus 2,5 Prozent). 2025 wurden 466 nichtdeutsche Tatverdächtige erfasst. Das sind 7,9 Prozent weniger als im Vorjahr und der erste Rückgang seit 2021. Ihr Anteil an allen Tatverdächtigen im Bereich der Jugendgewaltkriminalität liegt bei 31,9 Prozent.

Landespolizeidirektor Mario Schwan: „Es ist erfreulich, dass die Zahlen der Jugend- und Jugendgewaltkriminalität zurückgegangen sind. Die Landespolizei wird bei der Bekämpfung von Jugendkriminalität nicht nachlassen. Deshalb setzen wir gezielt auf Aufklärungsarbeit. Ein ganzheitlicher, professioneller Ansatz zur Prävention ist unerlässlich, um ‚kriminellen Karrieren‘ vorzubeugen.“